

BERLIN AKTUELL



**BÄRBEL
BAS**



**MAHMUT
ÖZDEMİR**

*NEWSLETTER DER
DUISBURGER
BUNDESTAGSABGEORDNETEN*

FÜR DUISBURG IN BERLIN.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER - V.I.S.D.P.: MAHMUT ÖZDEMİR, MDB | BÄRBEL BAS, MDB

REDAKTION: JOHANNES JIANG | MANUEL REIß

LAYOUT & DESIGN: JOHANNES JIANG

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

www.baerbelbas.de

www.oezdemir-fuer-duisburg.de



Liebe Leserinnen und Leser,

„Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört“ – an diesen legendären Satz unseres ehemaligen Bundeskanzlers Willy Brandt erinnerten sich viele Menschen, die vergangenes Wochenende anlässlich des 25. Jahrestages des Mauerfalls in die Hauptstadt gekommen waren, um an den Gedenkfeiern teilzunehmen. Es wird keinen Zweifel daran geben: Der 9. November 1989 war und ist einer der bedeutendsten und schönsten Tage in der deutschen Geschichte.

Höhepunkt der Gedenkveranstaltung war eine Ballonaktion unter dem Stichwort #fallofthewall. Auf 15 Kilometern zeichneten 8000 beleuchtete Ballons den Verlauf der Mauer nach. So genannte Ballonpaten mit ihrer persönlichen Geschichte zur Mauer ließen die Ballons am gestrigen Abend steigen. Daran beteiligten sich auch Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion.

2

Der Deutsche Bundestag beschäftigte sich vergangene Woche u.a. mit der internationalen Bekämpfung von Steuerflucht, der Forderung nach mehr Zeitsouveränität für Familien und Eltern sowie die Unterbringung von Flüchtlingen aus aller Welt. Besonders letztere stellt für unsere Stadt Duisburg eine große Herausforderung dar, bei der auch der Bund gefordert ist.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Bärbel Bas

Mahmut Özdemir



Inhaltsverzeichnis

FINANZEN Internationale Kooperation zur Bekämpfung der Steuerflucht	3
MAUERFALL Deutschland gedenkt dem 25. Jahrestag des Mauerfalls	5
FAMILIE Mehr Zeitsouveränität für Familien	8
KOMMUNEN Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung unterstützen	9

FINANZEN

Internationale Kooperation zur Bekämpfung der Steuerflucht

Steuergerechtigkeit bedeutet, dass starke Schultern mehr tragen als schwache. Dieses Prinzip muss auch für die Besteuerung ausländischer Vermögen und Kapitalerträge deutscher Steuerpflichtiger gelten. Dafür setzt sich die SPD-Fraktion seit vielen Jahren vehement ein. Vergangene Woche haben 50 Staaten nun endlich einen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen vereinbart, der im September 2017 starten soll. In der Konsequenz bedeutet das: Vermögen und Erträge lassen sich dann nicht mehr auf anonymen Nummernkonten im Ausland verstecken. Damit sind die Zeiten passé, in denen das Bankgeheimnis Steuerflüchtlinge vor Strafverfolgung geschützt hat.

3

Am Donnerstagmorgen diskutierte der Bundestag im Rahmen einer Debatte über die Verschärfung der strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung auch darüber. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sagte: „Vermögen werden heutzutage elektronisch hin- und hergeschoben“. Deshalb reichten bisherige bilaterale Abkommen zwischen den Staaten nicht mehr aus. „Wir brauchen einen internationalen Ordnungsrahmen“, so Schäuble.

Carsten Schneider, SPD-Fraktionsvize und Finanzexperte, sprach in der Debatte über den verbesserten Informationsaustausch zwischen den Ländern von „einem großen Schritt, den ich mir so noch vor ein paar Jahren nicht hätte vorstellen können.“ Viele Reiche hätten es als Sport betrachtet, ihr Vermögen in Steueroasen zu schaffen und dort anzulegen. Aber: „Hier Geld zu verdienen, ohne einen Cent Steuern darauf zu zahlen, ist asoziales Verhalten.“ Die Finanzierung dieses Staates müsse fair sein, das habe für Sozialdemokraten immer im Mittelpunkt gestanden.



Abgeltungsteuer später angehen

Schneider verwies auch darauf, dass es die SPD war, die 2012 im Bundesrat das geplante Steuerabkommen mit der Schweiz gestoppt habe. Andernfalls hätten die deutschen Steuerpflichtigen mit unversteuertem Vermögen in der Schweiz – wie ein bekannter Sportmanager – dauerhaft anonym bleiben können. Schneider: „Gewinne müssen dort besteuert werden, wo sie auch entstehen!“

Schneider nahm auch Stellung zu den Forderungen, im Zuge des automatischen Informationsaustausches die Abgeltungsteuer abzuschaffen. „Das werden wir angehen, wenn der Datenaustausch funktioniert.“ Aus Sicht vieler SPD-Abgeordneten ist die Abgeltungsteuer nicht mehr nötig – sobald das automatische Meldesystem von Auslandskonten an die Heimatländer eingeführt ist. Kapitalerträge sollten dann statt mit 25 Prozent wieder mit dem individuellen Einkommensteuersatz von bis zu 45 Prozent belastet werden.

4

Gesetzentwurf auf Initiative der Länder

Tatsache ist: Steuerhinterziehung untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat, schwächt die Handlungsfähigkeit des Staates und gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Deshalb hat die Bundesregierung, auf Initiative der Länderfinanzminister (vom 9. Mai 2014), einen Gesetzentwurf vorgelegt, der am Donnerstag in 1. Lesung beraten wurde (Drs. 18/3018). Sein Titel lautet „Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung“. Im Klartext: Das Rechtsinstitut der strafbefreienden Selbstanzeige bleibt zwar erhalten, seine Regeln werden aber verschärft. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2015 in Kraft treten.

Die Grenze, bis zu der eine Steuerhinterziehung bei einer rechtzeitigen Selbstanzeige straffrei bleibt, soll von 50.000 Euro/Tat auf 25.000 Euro/Tat abgesenkt werden. Der bei höheren Hinterziehungen zur Vermeidung einer Strafverfolgung zu zahlende Geldbetrag soll auf zehn Prozent der hinterzogenen Steuer verdoppelt und abhängig vom Hinterziehungsvolumen gestaffelt werden (15 Prozent ab 100.000 Euro, 20 Prozent ab 1 Million Euro). Die Zahlung



der Hinterziehungszinsen soll künftig Voraussetzung für eine wirksame strafbefreiende Selbstanzeige werden. Auch sollen bestimmte nicht erklärte ausländische Kapitalerträge für noch länger zurückliegende Zeiträume als bisher besteuert werden können.

MAUERFALL

Deutschland gedenkt dem 25. Jahrestag des Mauerfalls

28 Jahre stand sie, die Mauer, die Deutschland teilte. Vor 25 Jahren am 9. November 1989 brachten die Proteste der Bürgerinnen und Bürger in der DDR sie zu Fall. Daran erinnerte der Bundestag am 7. November 2014 mit einer Debatte.

Die Mauer sei ein Monstrum gewesen, „ein monströses Bauwerk und eine furchtbare Grenze“, daran erinnerte die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Iris Gleicke (SPD). Und sie gedachte der Menschen, die den Tod fanden oder in den „Knast“ kamen, weil sie Mauer und DDR-Diktatur nicht mehr ertragen konnten. Viele Träume seien an der Mauer zerschellt: „Sie war ein Alptraum für ein ganzes Volk“, sagte Gleicke. Man könne die Mauer in ihren historischen Kontext einordnen, „aber man kann sie nicht rechtfertigen! Das ist das, worauf es ankommt“, stellte sie klar.

Die Mauer sei das „zu Stein gewordene Symbol“ des geteilten Deutschlands und der sichtbare Ausdruck des Kalten Krieges in Europa gewesen. Doch es dürfe niemals vergessen werden, dass die Mauer eine Folge des von Deutschland angezettelten, verbrecherischen Zweiten Weltkriegs war. „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg. Dieser Konsens muss fortbestehen. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“, so Gleicke. Die Folgen der Teilung ließen sich in 25 Jahren nicht vollständig überwinden, aber es sei viel erreicht worden und „den Rest schaffen wir auch noch“. Mit einer Revolution, bei der kein einziger Schuss gefallen sei, hätten die Ostdeutschen sich ihre Freiheit selbst erkämpft. Mit dem Fall der Mauer sei ein Traum wahr geworden. Gleicke appellierte, auch die anderen Träume wie Frieden, Abrüstung und das gemeinsame Haus Europa nicht aufzugeben.



DDR-Führung ignoriert das Tauwetter in Osteuropa

Bevor sich die Mauer am 9. November 1989 öffnete und elf Monate später die deutsche Wiedervereinigung gefeiert wurde, zeichnete sich seit Mitte der 80er-Jahre Jahre Tauwetter in der Sowjetunion ab, seitdem Michail Gorbatschow dort an der Spitze stand. Seine Reformprogramme unter den Stichworten „Perestroika“ und „Glasnost“ sorgten dafür, dass es in den folgenden Jahren auch in anderen Staaten des Warschauer Paktes wie in Polen und Ungarn zu positiven Veränderungen kam. Doch die DDR-Führung unter Erich Honecker blieb den alten Linien treu, derweil die Bürgerinnen und Bürger der DDR genau im Blick hatten, was sich in den so genannten Bruderstaaten tat. Noch Anfang 1989 hatte DDR-Staatschef Honecker geäußert, dass die Mauer noch 50 oder 100 Jahre Bestand haben werde.

Wahlbetrug bei DDR-Kommunalwahlen stärkt oppositionelle Kräfte

Seit Anfang der 80er-Jahre waren erzielten oppositionelle Kräfte in der DDR vermehrt Zulauf. Sie wandten sich vor Allem gegen das atomare Wettrüsten zwischen den Supermächten. Über die DDR-Grenze hinweg wurde der Leitspruch „Schwerter zur Pflugscharen“ bekannt. Im Mai 1989 nutzten die Bürgerinnen und Bürger der DDR ihr Recht, die Auszählung bei den Kommunalwahlen zu beobachten. Zur „Wahl“ stand wie immer lediglich der Vorschlag der Nationalen Front der DDR. Doch dieses Mal nutzten die Bürger häufiger als zuvor die Wahlkabine und gaben nicht einfach ihren Wahlzettel ab. Damit war klar, dass das offiziell bekanntgegebene Wahlergebnis von 98,85 Prozent nur eine Fälschung sein konnte. Diese Erfahrung führte dazu, dass sich die oppositionellen Kräfte stärker formierten. Bereits am Wahlabend demonstrierten in Leipzig rund 1000 Menschen gegen diese Wahlmanipulationen.

6

Mehr Flüchtlinge, Opposition organisiert sich, Protest wächst

Im Sommer 1989 nahm die Anzahl der Flüchtlinge aus der DDR stetig zu: Am 11. September 1989 öffnete Ungarn seine Grenze zu Österreich für DDR-Bürger. Am 19. September beantragte das „Neue Forum“ als erste landesweite Oppositionsgruppe ihre Zulassung. Danach gründeten sich weitere Gruppen „Demokratie jetzt“ und der „Demokratische Aufbruch“.

Nach dem 30. September konnten Tausende DDR-Bürger, die Zuflucht in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag gesucht hatten, mit Sonderzügen durch die DDR in die Bundesrepublik ausreisen. Insgesamt verließen im Jahr 1989 344.000 Menschen die DDR.



Tausende DDR-Bürger demonstrierten am 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der DDR. Sie wollten eine Veränderung der Verhältnisse in der DDR. Dagegen ging das DDR-Regime mit harter Hand vor. Ebenso an jenem 7. Oktober gründeten 30 Männer und Frauen in Schwante die Sozialdemokratische Partei der DDR, die sich zunächst SDP nannte.

Am 9. Oktober nahmen bei einer der aus den Friedensgebeten hervorgegangenen Leipziger Montagsdemonstrationen, die einen Monat zuvor begonnen hatten, 70.000 Bürgerinnen und Bürger teil. Ihre Zahl erhöhte sich am 16. Oktober auf 100.000. Schließlich musste Erich Honecker einen Tag später von all seinen Ämtern zurücktreten. Mehr als 500.000 Menschen nahmen am 4. November 1989 an der Kundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz teil.

9. November 1989: Plötzlich gibt es eine Reiseerlaubnis

Die DDR-Staatsführung, nun unter Egon Krenz, musste reagieren: Sie hatte auf Grund des öffentlichen Drucks am 9. November 1989 einer neuen Reiseverordnung zugestimmt. Diese sollte Privatreisen für alle DDR-Bürger ermöglichen, allerdings nur, wenn sie über einen Reisepass und ein Visum verfügten. Die Verordnung sollte erst am 10. November offiziell bekannt gegeben werden. Aber Politbüro-Mitglied Günter Schabowski verkündete ihr Inkrafttreten ohne formale Bedingungen bereits auf einer Pressekonferenz am Nachmittag des 9. November 1989. Diese Nachricht verbreitete sich rasant, so dass am Abend und in der Nacht Tausende die Grenze von Ost- nach Westberlin überquerten. In den Wochen danach waren es Hunderttausende DDR-Bürger.

Hans-Jochen Vogel, der damalige SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende erinnert sich, dass er bei einem Gespräch im Bundeskanzleramt war, als er am 9. November 1989 das erste Mal von der Öffnung der Mauer erfuhr. Die Bundestagssitzung wurde an diesem Tag nach den ersten Meldungen unterbrochen und erst gegen 20:45 Uhr wieder fortgesetzt: Der damalige Kanzleramtsminister Rudolf Seiters (CDU) und die Fraktionsvorsitzenden gaben kurze Erklärungen zur Maueröffnung ab und am Ende der Sitzung sangen alle im Plenum Anwesenden das erste und einzige Mal in der Geschichte der Bundesrepublik spontan die Nationalhymne. Willy Brandt soll Tränen in den Augen gehabt haben, als Vogel sich in seiner Erklärung an ihn richtete. Der damalige SPD-Parteivorsitzende und Fraktionschef Vogel hält die Ostpolitik von Willy Brandt – „Wandel durch Annäherung“ – sowie den daraus hervorgegangenen Helsinki-Prozess ausschlaggebend für das Tauwetter in Osteuropa, das



den Entwicklungen in der DDR vorangegangen war. Am Tag nach der Maueröffnung, so berichtet Vogel, habe er nie wieder so viele Menschen mit einer unbeschreiblichen Freude und so frohen Gesichtern gesehen, wie an diesem 10. November 1989. Aus der Zeit direkt nach dem Mauerfall stammt auch das berühmte Zitat von Willy Brandt: „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört“.

FAMILIE

Mehr Zeitsouveränität für Familien

Am Freitag hat der Bundestag der "Einführung des Elterngeldes Plus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz" (Drs. 18/ 2583) zugestimmt. Zum 1. Juli 2015 werden damit die Möglichkeiten für junge Eltern erweitert, Beruf und Familie zu vereinbaren. Mütter und Väter werden zudem motiviert, die Erziehungsarbeit ohne allzu große Einkommenseinbußen partnerschaftlich zu teilen. Und Arbeitgeber können ihre Beschäftigten auch in der Familienphase halten.

8

Eltern können sich künftig für eine der beiden Elterngeld-Varianten entscheiden oder sie kombinieren. Die Neuregelung greift für alle Kinder, die ab dem 1. Juli 2015 geboren werden.

Von Juli 2015 an mehr Flexibilität bei Elternzeit und Elterngeld

Eltern erhalten künftig mehr Wahlfreiheit und können Elterngeldbezug und Teilzeitarbeit leichter miteinander kombinieren. Damit leistet das Elterngeld Plus auch einen Beitrag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit.

- **Länger Elterngeld bei Teilzeit:** Das bisherige Elterngeld kann weiterhin maximal 14 Monate bezogen werden. Mit der zusätzlichen Einführung des Elterngeldes Plus können Eltern zukünftig die Auszahlung über einen doppelt so langen Zeitraum 'strecken', wenn sie in Teilzeit arbeiten. Dabei wird ihr Teilzeitlohn künftig die Gesamtsumme des ausgezahlten Elterngeldes nicht mehr mindern.
- **Partnerschaftsbonus:** Eltern, die sich die Kindererziehung und Erwerbsarbeit partnerschaftlich teilen möchten und ihre Arbeitszeit vier Monate lang gemeinsam auf 25 bis 30 Stunden wöchentlich reduzieren, können Elterngeld Plus mit einem so genannten



Partnerschaftsbonus kombinieren. Jedes Elternteil erhält dann nochmals vier Partnerschaftsbonusmonate zusätzlich.

- Entlastung für Alleinerziehende: Alleinerziehende können das neue Elterngeld Plus im gleichen Maße nutzen wie Elternpaare. Dabei stehen die "Partnermonate" nicht nur Müttern und Vätern zu, die ein alleiniges Sorgerecht haben, sondern auch alleinerziehenden Elternteilen mit gemeinsamem Sorgerecht. Im Familienausschuss hatte sich die SPD-Fraktion für diese Abänderung des ursprünglichen Gesetzentwurfs der Bundesregierung stark gemacht. „Damit erkennen wir Ein-Eltern-Familien als das an, was sie sind: eine Familienform, die zu den Leistungsträgern in unserer Gesellschaft gehört“, sagte der familienpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Sönke Rix.
- Flexiblere Elternzeit: Auch die Elternzeit können Eltern durch das neue Gesetz flexibler gestalten – unabhängig von der Wahl der Elterngeld-Variante. Mütter und Väter können nicht nur wie bisher bis zum 3. Geburtstag des Kindes eine unbezahlte Auszeit aus dem Berufsleben nehmen, sondern auch zwischen dem 3. und 8. Lebensjahr des Kindes eine flexible Elternzeit von bis zu 24 Monaten beantragen. Diese 24 Monate können dann in drei statt wie bisher in zwei Abschnitte aufgeteilt werden. Dadurch könnten Eltern Beruf und Familie besser vereinbaren, so Rix – "sei es zur Einschulung, in turbulenten Familienphasen oder bei Umbrüchen im Leben des Kindes".
- Planungssicherheit für Eltern und Arbeitgeber: Dank des Änderungsantrags des Familienausschusses gilt die von der Arbeitnehmerin bzw. dem Arbeitnehmer gewünschte Reduzierung und Verteilung der Arbeitszeit in der Elternzeit als akzeptiert, wenn der Arbeitgeber die Anträge dazu nicht innerhalb bestimmter Fristen ablehnt.

BAU UND KOMMUNEN

Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung unterstützen

Die aktuellen internationalen Konflikte, wie zum Beispiel der Bürgerkrieg in Syrien und die Ukraine-Krise, zwingen viele Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Laut den Zuwanderungszahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge kommen in diesem Jahr mehr als 200.000 Flüchtlinge nach Deutschland. So viele, wie seit Jahren nicht.



Die Unterbringung der Neuankömmlinge stellt viele Kommunen vor große Herausforderungen. Insbesondere in Ballungszentren mit ohnehin angespanntem Wohnungsmarkt stehen zu wenig Wohnungen und Flächen in Wohngebieten zur Verfügung. Mit dem am 7. November 2014 beschlossenen Gesetz zur Erleichterung der Unterbringung von Flüchtlingen (Drs. 18/2752) werden die Möglichkeiten der Kommunen verbessert, schnell neue Unterkünfte für die Aufnahme von Flüchtlingen zu schaffen.

Mit dem Gesetz soll die Errichtung von Unterkünften befristet bis Ende 2019 auch auf un bebauten Grundstücken in unmittelbarer Siedlungsnähe und als absolute Ausnahme auch in Gewerbegebieten leichter und rechtssicher möglich sein.

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht in dem vom Bundesrat eingebrachten Gesetz einen Baustein für die zeitnahe Bereitstellung von Unterkünften für Flüchtlinge. Die Zahl der Menschen, die in Deutschland Schutz und Hilfe suchen, ist aufgrund der internationalen politischen Lage stark gestiegen.

Und für 2015 ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Das bedeutet einen dringenden Bedarf an der kurzfristigen Bereitstellung von Wohnraum. Klar ist für die SPD-Bundestagsfraktion, dass für die in Deutschland schutzsuchenden Menschen vor allem dezentral Wohnungen in Wohngebieten zur Verfügung gestellt werden müssen.